

Zulassungs- und Führerscheinstelle des Kreises Unna: Geänderte Öffnungszeiten

Seit langem gilt: Wer in der Zulassungs- und Führerscheinstelle schneller sein Anliegen erledigen möchte, sollte vorab einen Termin vereinbaren. Eine Terminvereinbarung im Vorfeld bedeutet für Bürger und Mitarbeiter bessere Planbarkeit. Daher werden ab dem 1. September mehr Termine für den Besuch in der Zulassungs- und Führerscheinstelle freigeschaltet.

Zu den üblichen Öffnungszeiten und den Termin-Nachmittagen am Montag und Dienstag kommt der Donnerstag hinzu. Ab Donnerstag, 1. September heißt es also: nachmittags nur mit Termin. Die neuen Öffnungszeiten zur Wartemarkenausgabe und für das Termingeschäft sind:

Für die Zulassungsstelle in Unna:

Montag: 7.30 – 11.30 Uhr und von 12.30 – 16.30 Uhr
(nachmittags nur mit Termin)

Dienstag 7.30 – 11.30 Uhr und von 12.30 – 16.30 Uhr
(nachmittags nur mit Termin)

Mittwoch 7.30 – 11.30 Uhr

Donnerstag 7.30 – 11.30 Uhr und von 12.30 – 17.30 Uhr
(nachmittags nur mit Termin)

Freitag 7.30 – 11.30 Uhr

Für die Zulassungsstelle in Lünen:

Montag: 7.30 – 11.00 Uhr

Dienstag 7.30 – 11.00 Uhr und von 13.30 – 16.30 Uhr
(nachmittags nur mit Termin)

Mittwoch 7.30 – 11.00 Uhr

Donnerstag 7.30 – 11.00 Uhr und von 13.30 – 17.30 Uhr
(nachmittags nur mit Termin)

Freitag 7.30 – 11.00 Uhr

Alle Öffnungszeiten sind
unter www.kreis-unna.de/oeffnungszeiten zu finden.

– Max Rolke / Kreis Unna –

Land testet Alarmsysteme: Probealarm am 8. September

Pünktlich um 11 Uhr werden am Donnerstag, 8. September in ganz Nordrhein-Westfalen alle vorhandenen Sirenen ausgelöst. Das Land will damit die Sireneninfrastruktur testen und gleichzeitig das Bewusstsein in der Bevölkerung für diese Art der Alarmierung schärfen.



Gleichzeitig werden die Warn-App „NINA“ (Notfall-Informations- und Nachrichten-App des Bundes) und „KATWARN“ per Push-Benachrichtigung den Sirenenprobealarm begleiten.

Der ursprünglich vorgesehene Probealarm am Dienstag, 22. März, wurde unter Verweis auf den Krieg in der Ukraine kurzfristig abgesagt, um eine Verunsicherung der Bevölkerung oder sogar Fehlinterpretationen zu vermeiden. Zudem sollte den Geflüchteten aus der Ukraine die notwendige Ruhe und Sicherheit gegeben werden. Für den Donnerstag, 8. September, sollen frühzeitige und umfassende Informationen solche

Unsicherheiten ausschließen.

Bundesweiter Warntag folgt im Dezember

Am Donnerstag, 8. Dezember, soll auf Beschluss der Innenministerkonferenz mit einem weiteren Warntag auch das neue Warnmittel Cell-Broadcast erstmals getestet werden.

Unter der Internetadresse www.warntag.nrw stellt das NRW-Innenministerium ausführliche Informationen zum Thema „Warnung“ und zum landesweiten Warntag zur Verfügung. PK | PKU

Mittagessen in den drei städtischen Kindergärten soll teurer werden

Das Mittagessen in den drei städtischen Kindergärten soll nach einem Vorschlag des Jugendamts ab 1. August 2023 von jeweils 49 Euro auf 55 Euro pro Kind angehoben werden. Als Gründe nennt das Jugendamt die Kostensteigerungen insbesondere im Bereich der Lebensmittelversorgung wie auch bei der Bewirtschaftung (Strom, Gas).

Ausdrücklich wird dabei darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um die erste Kostenanhebung seit 15 Jahren handle und dass auch mit dieser Anhebung auf eine volle Kostendeckung verzichtet werde. Für einkommensschwache Familien bestehe zudem nach wie vor die Möglichkeit, die Kosten über das Bildungs- und Teilhabepaket erstattet zu bekommen. Gleichzeitig weist das Jugendamt darauf hin, dass bis auf eine Ausnahme das Mittagessen in den Kitas anderer Träger teurer sei.

Über diese geplante Anhebung wird der Bergkamener Jugendhilfeausschuss in seiner nächsten Sitzung am Dienstag, 6. September, ab 17 Uhr im großen Ratssaal diskutieren und entscheiden. Wie aus der Vorlage des Jugendamts auch hervorgeht, ist auch geplant, in der OGGs den Preis fürs Mittagessen anzuheben. Damit muss sich allerdings der Ausschuss für Schule, Sport und Weiterbildung auseinandersetzen

Bürgermeister schlägt vor: Christine Busch soll Bergkamens „Erste Beigeordnete“ werden



Christine Busch soll nach Vorschlag des Verwaltungsvorstand neue „Erste Beigeordnete“ der Stadt Bergkamen werden.

Vor acht Jahren wählte der Stadtrat Christine Busch als erste Frau in den Bergkamener Verwaltungsvorstand. Sollten nun die Stadtverordneten in ihrer nächsten Sitzung dem Vorschlag von Bürgermeister Bernd Schäfer folgen, dann wird Christine Busch

auch die erste Frau sein, die das Amt der Ersten Beigeordneten, der „Allgemeinen Vertreterin“ des Bürgermeisters, einnimmt.

Möglich wird dies, weil der bisherige Erste Beigeordnete Dr. Hans-Joachim Peters zum 1. September aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand geht. Das bedeutet, dass der Stadtrat ebenfalls in seiner nächsten Sitzung die Weichen für die Neubesetzung von Peters Stelle im Verwaltungsvorstand als Technischer Beigeordneter stellen wird. Bernd Schäfer rechnet damit, dass die Nachfolgerin oder der Nachfolger in diesem Amt in der Novembersitzung des Rats gewählt werden kann.

Der Bürgermeister begründete den Vorschlag für die neue Erste Beigeordnete unter anderem damit, dass Christine Busch inzwischen auf einen 40-jährigen Dienst in der Bergkamener Stadtverwaltung zurückblicken könne. Christine Busch hat ihr Handwerk von der Pike auf im Bergkamener Rathaus gelernt. Begleitet wurde dies durch ein Studium an der Fachhochschule für Verwaltung. Zum ersten Mal und als erste Frau wurde sie 2014 in den Bergkamener Verwaltungsvorstand gewählt. Ihr Aufgabenbereich ist breit gefächert. Ihr Dezernat II ist zuständig für Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Jugend, Soziales und Bildung. In ihrem Dezernat befänden rund 42 Prozent der Vollzeitstellen der Bergkamener Stadtverwaltung.

**Hubert Hüppe MdB besucht
Landbäcker Stefan Braune:**

Bäckerhandwerk braucht Energie und Unterstützung



Landbäcker Stefan Braune (links) und Hubert Hüppe MdB (rechts). Foto: Stohlmann/Büro Hüppe

Der heimische Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe (CDU) besuchte den Unternehmer Stefan Braune im Rahmen seiner Sommertour in seinem Bäckereibetrieb in Bergkamen.

Vorausgegangen war ein Brandbrief an Hüppe, in dem Braune um Hilfe bat, damit Bäckereien angesichts der massiven Kostensteigerungen insbesondere bei der Energie nicht alleine gelassen werden.

In diesem Kontext erklärte Landbäcker Braune dem CDU-Abgeordneten die Abhängigkeitssituation der örtlichen

Bäckerei. „Energie macht aktuell gut 5% der Kosten bei der betriebswirtschaftlichen Auswertung aus. Nun droht eine Mehrbelastung von 50.000€ bis 70.000€ pro Monat. Klar ist, dass die Backproduktion ohne Strom und Gas gar nicht aufrechtzuerhalten ist“, so Braune. Er sei dankbar, dass seine Versorger sich noch an bestehende Lieferverträge halten, aber keiner wisse, wie lange das noch gut ginge.

Hinzu kämen die steigenden Personal- und Materialkosten. Natürlich könnte man versuchen, den Kostenanstieg über den Preis wieder reinzubekommen, aber wenn ein Brötchen einen Euro kostet, können sich das die Verbraucher nicht mehr leisten.

Wenn die Energiepreise extrem steigen oder das Gas sogar abgestellt würde, seien letztendlich hunderte Arbeitsplätze und auch die Ausbildungsplätze in Gefahr. Mit den Problemen sei er allerdings nicht allein, sondern das ganze Bäckereihandwerk brauche Energie.

Es sei auch nicht hinzunehmen, dass die backenden Industriebetriebe Hilfen aus dem „Energiekosten-Dämpfungsprogramm“ beantragen könnten, der Bäcker vor Ort aber nicht. Stefan Braune bat Hüppe inständig, bei der Bundesregierung auf gerechte Änderungen zu drängen.

Hüppe versprach, dass Thema in Berlin anzusprechen und Druck zu machen.

Immerhin gab es auch eine gute Nachricht: Zumindest gibt es bei der Landbäckerei Braune keinen Fachkräftemangel. „Ich finde in allen Bereichen genügend engagiertes und gutes Personal – das gilt auch für die Ausbildungsplätze“.

Konjunkturelle Bewirtschaftungssperre: Kreis Unna will 1,4 Millionen Euro einsparen



Kreisdirektor und
Kreiskämmerer Mike-
Sebastian Janke. Foto: Max
Rolke – Kreis Unna

Mit einer Ausgabensperre eines Teils der aktuell verfügbaren Haushaltsmittel will der Kreis Unna noch im laufenden Jahr rund 1,4 Millionen Euro einsparen und damit die finanzielle Basis für die Zukunft stärken. Dies teilte Kreisdirektor und Kämmerer Mike Sebastian Janke heute den politischen Gremien und den Mitarbeitern der Verwaltung mit. Die Ausgabenkürzung gilt ab sofort. Ausgenommen sind Sozialaufwendungen und Zweckbindungen.

Der Kämmerer verbindet diese Maßnahme mit der dringenden Aufforderung an die Verwaltung im Rahmen der laufenden Haushaltsbewirtschaftung 2022 besonders sparsam auch über die jetzt geltende Verfügung hinaus zu agieren. Mit Blick auf die Planungen für 2023 und die Folgejahre will er gemeinsam mit den einzelnen Organisationseinheiten weitere Einsparmöglichkeiten identifizieren.

Mit diesen Maßnahmen reagiert der Kreis auf die sich verschlechternden Wirtschaftsdaten infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Dies und insbesondere die steigenden Energiekosten treffen die kommunalen Haushalte mehrfach. Kreisdirektor Janke nennt in seiner Verfügung vor allem vier Gründe:

„Die Auswirkungen des Krieges treffen die kommunalen Haushalte auf vielfältige Weise. So sind enorme Belastungen der sozialen Sicherungssysteme durch Unterbringung und Versorgung von aus der Ukraine geflüchteten Menschen zu verzeichnen.

In bisher beispielloser Dimension werden sich im Kreishaushalt 2023 die explosionsartig steigenden Heizkosten als Bestandteil der Kosten der Unterkunft nach dem SGB II und im Bereich der Hilfen zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII auswirken.

Dazu kommt eine vom Landschaftsverband angekündigte Umlagesteigerung im zweistelligen Millionenbereich.

Zudem treffen auch die Preissteigerungen die Kommunen direkt bei der Beheizung und Bewirtschaftung von Immobilien und Infrastruktur oder beim Kraftstoffverbrauch für Fahrzeugflotten, besonders im öffentlichen Personennahverkehr.“ PK | PKU

**Aktionskreis lädt zur Info-
Veranstaltung ein:
„Erneuerbare Energien-
Projekte auf der Halde! mit**

Bürgerbeteiligung



Der Aktionskreis sammelte auch bei hohen Temperaturen auf dem Wochenmarkt in Mitte Unterstützungsunterschriften für die Gründung einer Energiegenossenschaft.

Seit einigen Wochen sammelt der Aktionskreis Wohnen und Leben Bergkamen Unterstützer-Unterschriften für die Gründung einer Energie-Genossenschaft die Bürgerinnen und Bürger insbesondere aus Bergkamen, Werne, Kamen, Bönen u. Lünen ansprechen möchte. Der Aktionskreis sucht dafür Ansprechpartner aus den genannten Orten. Ziel ist es, zum Frühjahr 2023 dann eine Genossenschaft zu gründen.

Mehr Informationen zu diesem Thema soll die Veranstaltung des Aktionskreises am Mittwoch, 7. September, ab 19.30 Uhr im Stadtmuseum Bergkamen bringen. Der Titel lautet: „Erneuerbare Energien-Projekte auf der Halde! Natürlich mit Bürgerbeteiligung“. Referenten sind Christine Radke vom RVR, die das neue Haldengutachten vorstellt, und Christoph Gottwald vom Genossenschaftsverband Münster.

Kein Geld vom Land für die Bergkamener Innenstadt: CDU erneuert Kritik an der Teilnahme an der „IGA 2027“



CDU -
Fraktionsvorsitzender
Thomas Heinzel.

Bereits im November 2019 forderte die Bergkamener CDU-Fraktion, dass die Stadt aus dem Projekt „Internationale Gartenbau-Ausstellung 2027“ (IGA 2027) aussteigen solle. Der Bergkamener Beitrag von 7 Mio. Euro solle im Doppelhaushalt 2020/21 für das Innenstadtprojekt „Bergkamen mittendrin“ zur Verfügung gestellt werden, in dessen Rahmen eine Reihe städtebaulicher Missstände in Bergkamen-Mitte beseitigt werden sollen.

CDU-Fraktionschef Thomas Heinzel erneuerte noch einmal die Kritik an den IGA-Plänen und dem finanziellen Engagement der

Stadt, nachdem feststeht, dass zumindest in diesem Jahr das Land NRW zwar für den Bergkamener IGA-Beitrag 3,4 Millionen Euro an Städtebaufördermittel zur Verfügung stellen will, Geld für „Mittendrin“ gibt es aber 2022 nicht. Hierfür hatte die Stadt beim Land eine Förderung rund 11 Mio. Euro beantragt.

Dass es für Bergkamen keine Doppelförderung geben werde, habe die Bergkamener CDU immer gesagt, betonte Thomas Heinzel. Dies sei auch die Haltung von NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach. Allerdings wollte der CDU-Fraktionschef nicht ausschließen, dass es in den nächsten Jahren doch noch Fördermittel vom Land für die Bergkamener Innenstadt geben werde.

- Zum Handlungskonzept „Bergkamen mittendrin“ gehören u.a.: der Bereich Hallenbad und Treffpunkt an der Lessingstraße
- das Rathausviertel mit den ehemaligen Turmarkaden
- die Fußgängerzone mit den Einkaufsbereichen an der Präsidentenstraße und Ebertstraße
- die Brachfläche Neu-Monopol.

LINKE sammelt Unterschriften für die Fortsetzung des 9 Euro-Tickets oder die Schaffung anderer, kostengünstiger Alternativen

Die LINKE startet am Freitag, 26. August, an den Bahnhöfen Kamen, Unna, Schwerte und Lünen jeweils von 16 bis 18 Uhr eine Unterschriftenaktion, mit der unter anderem die Fortsetzung

des 9 Euro-Tickets im öffentlichen Personennahverkehr gefordert wird.

Konkret lauten ihre Forderungen:

1. Die Fortführung des 9€-Tickets oder die Schaffung anderer, kostengünstiger Alternativen, um die Menschen zu entlasten und sie nicht noch weiter zu belasten.
2. Einen massiven Ausbau der für die Nutzung der für den ÖPNV unabdingbaren Infrastruktur aufgrund der steigenden Fahrgastzahlen.
3. Die Bereitstellung der Geldmittel für das langfristige Ziel des vollständigen Ausbau des ÖPNV mit guter Taktung und fairer Bezahlung für die Arbeitenden, notfalls die Bereitstellung eines Sondervermögens für den Ausbau des ÖPNV.

Wie der Kreisverband der Linken weiter mitteilt, unterstützt die Partei die die Initiative „9-Euro-Ticket weiterfahren“, die unter anderem auch von Armutsforscher Christoph Butterwegge und Aktivistin Carola Rackete sowie Musiker Konstantin Wecker unterstützt wird und die sich für eine Fortsetzung des Tickets einsetzen.

Nähere Information zu dieser Initiative und die Möglichkeit, den Aufruf zu unterzeichnen, gibt es im Internet unter <https://9-euro-ticket-weiterfahren.de/#unterzeichnen>.

Abriss beginnt: Bauverein Hamm lässt an der Heinrich-

Jasper-Straße 32 neue Wohnungen bauen



Der Vorstand des Bauvereins Hamm, Vertreter der Deutschen Reihenhauser und Ortsvorsteher Franz Herdring (l.) beim offiziellen Start des Abrisses des Hauses Heinrich-Jasper-Straße 2.

Die Abrissbagger stehen bereit. Mitte 2024 sollen in einem Neubau des Bauvereins Hamm an der Heinrich-Jasper-Straße 32 neue Wohnungen im klimaneutralen Mehrfamilienhaus „Stadtleben“ bezugsfertig sein. Ziel sei es, den knappen Wohnraum in Bergkamen-Mitte mit modernen, energiesparenden und bezahlbarem Wohnraum zu ergänzen, erklärten am Montag beim offiziellen Start der Abrissarbeiten der Vorstand des Bauvereins um Johann Schnatmann, Ludger Wiesmann und Achim Wortmann.

Anstelle des bisherigen Gebäudes mit 17 Wohneinheiten entsteht nun in serieller Bauweise ein viergeschossiges Gebäude mit 32 Wohneinheiten mit zwei bis drei Zimmern und Wohnflächen mit einer Größe von 43, 50 und 74 Quadratmetern. Die

Energieversorgung ist klimaneutral und zu 100 Prozent regenerativ mit Photovoltaik-Anlage und Wärmepumpen. Die Stellplätze werden für EMobilität vorbereitet. Alle Wohnungen sind barrierefrei und mittels Aufzugs erreichbar.

Die Bauarbeiten hat als Generalunternehmer die Deutsche Reihenhaus übernommen. Sie baut das Projekt schlüsselfertig und zum Festpreis. Genaue Zahlen zum Baupreis wollten am Montagmorgen weder der Vorstand des Bauvereins noch die Vertreter des Generalunternehmens nennen. Es handle sich um einen Betrag im mittleren Millionen-Euro-Bereich.

Einen Interessenten gibt es bereits: Ein Mieter des bisherigen Gebäudes möchte in zwei Jahren in das das neue einziehen.

SPD Weddinghofen-Heil lädt am Freitag zum Dämmerschoppen auf dem Ernst-Fluß-Platz ein



Jens Schmülling.

Auch in diesem Jahr lädt der SPD-Ortsverein Weddinghofen-Heil wieder zu seinem Dämmerschoppen in Weddinghofen ein. Dieser findet statt am kommenden Freitag, 26. August, ab 16.30 auf

dem Gelände des Ernst-Fluß-Platzes an der Schulstraße.

„Als besonders Highlight haben wir in diesem Jahr einen Spezialisten für Currywurst „CurryKULTur“ aus Gelsenkirchen für die Verpflegung während der Veranstaltung verpflichtet, welcher uns u. a. mit seiner Variante der „Mantaplatte“ mit eigenen Soßen überraschen möchte. Der Dämmerchoppen ist keine Parteiveranstaltung, vielmehr laden wir alle interessierten Nachbarinnen und Nachbarn aus Weddinghofen zu der gemütlichen Veranstaltung ein“, erklärt der Ortsvereinsvorsitzende Jens Schmülling,

Neben den örtlichen SPD Kreistags- und Ratsvertretern werden auch die heimischen Abgeordneten des Bundestags, Oliver Kaczmarek und die Landtagsabgeordnete Silvia Gosewinkel vor Ort für Gespräche anzutreffen sein. Der beliebte Koch- und Rezeptkalender des SPD-Ortsvereins Weddinghofen-Heil für 2023 ist im Rahmen des Dämmerchoppens druckfrisch und in kleiner Auflage für alle erhältlich. Die SPD freut sich auf viele Besucher in gemütlicher Runde.